

## Niederschrift

über die 15. Sitzung des Rates der Stadt Schortens

---

**Sitzungstag:** Donnerstag, 31.10.2013

**Sitzungsort:** Bürgerhaus Schortens, Weserstraße 1

**Sitzungsdauer:** 19:00 Uhr bis 21:25 Uhr

### Anwesend sind:

Bürgermeister  
Gerhard Böhling

### Ratsmitglieder:

Prof. Dr. Hans Günter Appel, Heide Bastrop, Anne Bödecker,  
Udo Borkenstein, Manfred Buß, Peter Eggerichs, Thomas Eggers,  
Michael Fischer, Horst-Dieter Freygang, Martin von Heynitz, Horst Herckelrath,  
Axel Homfeldt, Bernhard Jongebloed, Janto Just, Kirsten Kaderhandt,  
Elena Kloß, Dieter Köhn, Dörthe Kujath, Thomas Labeschautzki, Hans Müller,  
Joachim Müller, Sandra Muschke, Heinrich Ostendorf, Wolfgang Ottens,  
Susanne Riemer, Elfriede Schwitters, Frank Michael Stubenhöfer,  
Melanie Sudholz, Ralf Thiesing, Frank Vehoff, Andrea Wilbers, Karl Zabel

### Von der Verwaltung nehmen teil:

StD Anja Müller, StOAR Elke Idel, VA Uta Bohlen-Janßen,  
VA Heide Schröder-Ward, StOAR Thomas Berghof,  
VA Ingrid Eggers

### Es fehlen entschuldigt:

RM Anja Kindo. RM Anne Krüger

### Tagesordnung:

#### Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

**RV Fischer** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

**RV Fischer** stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

3. Feststellung der Tagesordnung - öffentlicher Teil

**RV Fischer** weist auf den vorliegenden gemeinsamen Eilantrag des RM Wolfgang Ottens, der Gruppe „Bündnis 90/ Die Grünen / Anne Krüger / Anja Kindo“ und der Gruppe „BfB/UWG“ vom 18.10.2013 betr. Bestandsgarantie der Stadt für den Kramermarkt 2014 hin.

**RM Ottens** erklärt, dass die nächste Ratssitzung erst im Dezember stattfindet. Der Antrag sei für die heutige Sitzung eingereicht worden, da die Antragsteller eine Planungssicherheit für den Kramermarkt – auch für die Schausteller – für erforderlich halten.

Es wird einstimmig beschlossen, die Tagesordnung unter TOP 7 um den Eilantrag zu ergänzen. Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung festgestellt.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 05.09.2013 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

5. Einwohnerfragestunde

5.1. Herr Retsch erkundigt sich, warum für die letzten drei Sitzungen des Freizeitbad-Ausschusses keine Bürgerniederschrift ins Ratsinformationssystem eingestellt wurde.

**RV Fischer** antwortet, dass es sich um nicht öffentliche Sitzungen handelt und Niederschriften über nicht öffentliche Sitzungen grundsätzlich nicht ins Ratsinformationssystem eingestellt werden.

**BM Böhling** erklärt, dass nicht öffentliche Sitzungen zukünftig nicht mehr im Ratsinformationssystem angezeigt werden sollen und die Verwaltung derzeit nach einer entsprechenden Lösung sucht.

6. Bericht des Bürgermeisters

6.1. Erschließungsarbeiten im „JadeWeserPark“/Schlüchtenser Weg  
Derzeit laufen die Erschließungsarbeiten für den II. und III. Bauabschnitt im interkommunalen Industrie- und Gewerbegebiet, dem „JadeWeserPark“. Die Arbeiten dazu befinden sich im vorgesehenen Zeit- und Kostenrahmen in Höhe von 2.590.000,00 Euro und werden vom Land Niedersachsen mit 50 % bezuschusst.

Hierzu weist BM Böhling darauf hin, dass Anfang November der Schlüchtenser Weg im Zuge der Straßenbauarbeiten für den III. Bauabschnitt im Bereich der Baustelle abgebunden und zunächst über einen provisorischen Weg an die Straße „JadeWeserPark“ angeschlossen wird.

Ab diesem Zeitpunkt müssen Radfahrerinnen und Radfahrer sowie der landwirtschaftliche Verkehr aus Richtung Roffhausen über den JadeWeserPark zum Schlüchtenser Weg fahren. Die bisherige direkte Zufahrt von der K 97 beim Reiterhof Irps entfällt. Für eine entsprechende Hinweisbeschilderung wird gesorgt.

Ab Sommer nächsten Jahres entfällt der provisorische Weg und der Schlüchtenser Weg wird direkt an die dort fertige Straße „JadeWeserPark“ angeschlossen.

Bezüglich der Lebensmittelfabrik hat BM Böhling keinerlei Bedenken, dass diese Investition von mehr als 300 Mio. Euro und mit mehr als 300 Arbeitsplätzen in den kommenden Jahren verwirklicht wird. Aufgrund europarechtlicher Vorschriften haben sich die Zuständigkeiten verändert; so ist künftig das Gewerbeaufsichtsamt gesetzlich für die Genehmigung zuständig. Die Investoren bedienen sich seit einiger Zeit eines Projektsteuerungsbüros aus der Region, um alle erforderlichen Unterlagen für das Gewerbeaufsichtsamt zusammenstellen zu können.

## 6.2. Entwicklung der Gewerbesteuer

Die Gewerbesteuer entwickelt sich positiv. In dem heute zur Beratung anstehenden 2. Nachtragshaushalt kann ein Plus an Gewerbesteuer von ca. 750.000 Euro verbucht werden. Die Gesamtsumme von 3.150.000 Euro an Gewerbesteuer ist seit vielen Jahren der höchste Betrag.

Dies ist zum einen der guten Konjunktorentwicklung geschuldet, zum anderen aber auch Ergebnis der erfolgreichen Gewerbeansiedlungspolitik der vergangenen Jahre.

Neben der Ansiedlung leistungsstarker Gewerbebetriebe muss die Stadt in Zukunft weiterhin verstärkt um zusätzliche Einwohnerinnen und Einwohner werben. Dieses geht nur dann, wenn neben attraktiven öffentlichen Einrichtungen als Stadt selber oder in Zusammenarbeit mit Bauerschließungsträgern attraktive Wohngebiete zur Verfügung gestellt werden können.

Die Bauverwaltung erarbeitet derzeit Planungen sowohl für Verdichtung von Wohnraum in der Innenstadt als auch für Neubaugebiete wie z. B. der „Burfenne“ in Alt-Schortens, um dieser Nachfrage Rechnung tragen zu können.

Ein Augenmerk wird und muss auf die Schaffung von günstigem Mietwohnraum gelegt werden.

## 6.3. Sachstand „Gründung Eigenbetrieb Stadtentwässerung“

In der letzten Ratssitzung wurde beschlossen, die Schmutzwasser- und Regenwasserbeseitigung zum 1. Januar 2014 in einen Eigenbetrieb Stadtentwässerung zu überführen.

In der Verwaltung laufen dazu die Vorbereitungen, damit in der nächsten Sitzung des Rates am 12.12.2013 hierzu die entsprechenden Beschlüsse zur Gründung des Betriebes gefasst werden können.

6.4. Sachstand Bebauungspläne:

Am 26.08.2013 hat die IDB, das ist die Immobilientochter der Landessparkasse zu Oldenburg, einen Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich „Waldstraße“ in Addernhausen gestellt, um das Gebiet als Wohngebiet zu erschließen. Hierzu wurde am 26.09.2013 der Aufstellungsbeschluss im Planungsausschuss gefasst. Die entsprechenden Planunterlagen werden nun ausgearbeitet und zur Beratung vorgelegt. In diesem Gebiet können ca. 23 Bauplätze entstehen.

Auf den zum Teil großen Grundstücken in den Bereichen der Bebauungspläne „Papenmoorland“ und „Steensweg/Nord“ in zentrumsnaher Lage kann aufgrund der bestehenden Bebauungspläne eine rückwärtige Bebauung derzeit nicht zugelassen werden. Deswegen hat der Planungsausschuss am 14.08.2013 beschlossen, entsprechende neue Bebauungspläne aufzustellen, die eine Verdichtung dieses Gebietes ermöglichen.

Die Aufträge an die Planungsbüros sind zwischenzeitlich durch den Verwaltungsausschuss beschlossen worden.

Darüber hinaus sind noch die Bebauungspläne „Gewerbegebiet Heidmühle“, „Menkestraße“, „Bahnhofstraße“, „Upjever“, „Accumer Straße“ und „Ortskern Ostiem“ in der Bearbeitung.

6.5. BM Böhling bedankt sich herzlich bei den Einsatzkräften der Freiwilligen Feuerwehren in Schortens, der Polizei und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Baubetriebshofes der Stadt Schortens sowie allen anderen Helferinnen und Helfern für die geleistete Arbeit nach dem Sturm am vergangenen Montag.

Insbesondere während des Einsatzes beim Sturm haben sich diese besonderen Gefahren für ihre Gesundheit ausgesetzt. Dafür spricht BM Böhling allen Beteiligten heute im Namen von Rat und Verwaltung seinen herzlichen Dank aus.

7. Antrag RM Wolfgang Ottens, die Gruppe Bündnis 90/Die Grünen / Anne Krüger / Anja Kindo und die Gruppe BfB / UWG vom 18.10.2013 betr. Bestandsgarantie der Stadt für den Kramermarkt 2014 **AN-Nr: 11/0096**

**RM Ottens** führt aus, dass es sich bei dem Kramermarkt um eine Traditionsveranstaltung handelt, die seit 61 Jahren in Schortens durchgeführt worden ist. Zugegeben sei er nicht mehr unbedingt zeitgemäß und auch kein Besuchermagnet mehr. Die Schausteller jedoch seien nach eigenen Aussagen mit den Einkünften zufrieden. Er kritisiert, dass der Beschluss, die Wiese nicht mehr für die Durchführung des Marktes zur Verfügung zu stellen, ohne öffentliche Vorberatung in nicht öffentlicher Sitzung des Verwaltungsausschusses gefasst wurde. Es sei nicht richtig, die Wiese in solch einer „Nacht- und Nebelaktion“ nicht mehr zur Verfügung zu stellen und sie als Bauland auszuweisen.

Er gibt zu bedenken, dass die Wiese morgen noch kein Bauland sein wird und die Stadt kaum über andere Veranstaltungsflächen verfügt. Da es keine Not und auch keine Eile gibt, könne man den Kramermarkt durchaus auch im nächsten Jahr auf der Wiese durchführen und die Zeit nutzen, gemeinsam mit allen Ratskolleginnen und -kollegen, dem Stadtmarketing, den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt, den Schaustellern, Vereinen und den Kaufleuten zu überlegen, wie man aus diesem Kramermarkt wieder ein Traditionsfest machen kann. Lediglich ein Jahrmarkt sei nicht richtig. In diesem Zusammenhang bestätigt er die vor Jahren in einem Presseinterview von der Verwaltung getroffene Aussage, dass dem Kramermarkt die „Begleitmusik“ bzw. ein Begleitprogramm fehlt.

Er unterstreicht, dass der Protest der Menschen vielleicht nicht so sehr gekommen sei, weil es nur um den Kramermarkt gehe, sondern um die Art und Weise der Entscheidungsfindung.

**BM Böhling** teilt mit, dass er vor einigen Wochen den Vorschlag unterbreitet hat, den Kramermarkt nicht mehr durchzuführen. Der Verwaltungsausschuss habe dann den Beschluss gefasst, die Festwiese für Veranstaltungen grundsätzlich nicht mehr zur Verfügung zu stellen.

Er betont, dass er diesen Vorschlag sehr wohl überlegt in die Beratung eingebracht hat. Vor 20 Jahren sei es üblich gewesen, am Montagnachmittag gemeinsam den Kramermarkt zu besuchen. Das halbe Rathaus sei damals zum Kramermarkt gegangen und auch viele Unternehmen und Betriebe. Damals habe es auch noch ein großes Festzelt gegeben, das in den Folgejahren verkleinert wurde und schließlich ganz verschwunden war. Die Stadt habe versucht, gemeinsam mit den Schaustellern neue Akzente zu setzen. Vor einigen Jahren sei versucht worden, gemeinsam mit den Schützenvereinen etwas zu organisieren, weil auch diese Probleme haben und inzwischen auch viele Schützenfeste nicht mehr stattfinden. Der letzte Versuch sei gemäß Beschluss des Verwaltungsausschusses im Jahr 2011 unternommen worden als die Organisation des Kramermarktes den Schaustellerverbänden übertragen wurde. Diese Übergabe sei mit der Hoffnung verbunden gewesen, eine Attraktivitätssteigerung für den Kramermarkt zu erlangen.

Er für sich könne nur feststellen, dass sich die Qualität der Fahrgeschäfte nicht verbessert hat und auch keine neuen Fahrgeschäfte hinzugekommen sind. Näher geht er auf das Freizeit- und Besucherverhalten der Kinder und Jugendlichen ein, das sich wesentlich verändert hat. Sofern man Kindern und Jugendlichen etwas Attraktives bieten möchte, müsse jedes Jahr etwas Neues auf dem Volksfest angeboten werden. Heute sei es vielfach so, dass Familien lieber ein- oder zweimal im Jahr einen großen Freizeitpark mit attraktiven Fahrgeschäften besuchen.

Wer häufig auf dem Kramermarkt gewesen ist habe feststellen müssen, dass die Zahl der Besucherinnen und Besucher in den letzten Jahren merklich abgenommen hat. Irgendwann müsse man daher so mutig sein und die Entscheidung treffen, den Kramermarkt auf dieser Festwiese nicht mehr durchzuführen.

Die Verwaltung habe auf seinen Vorschlag hin den Auftrag erhalten, eine Alternativveranstaltung anzubieten. Der erste Vorschlag, ein Weinfest durchzuführen, treffe jedoch nicht die richtige Zielgruppe.

Das Stadtmarketing erarbeite derzeit einen Vorschlag für eine Alternativveranstaltung mit dem Schwerpunkt „Kinder und Jugendliche“, der am 20. November 2013 dem Ausschuss für Sport, Kultur und Tourismus vorgestellt wird. BM Böhling würde es begrüßen, wenn in diesen Vorschlag Elemente des Kramermarktes einfließen und sich die Schaustellerinnen und Schausteller daran beteiligen würden.

Bezug nehmend auf den Redebeitrag des Bürgermeisters bestätigt **RM Just**, dass der Kramermarkt in seiner jetzigen Form auf Dauer keine Überlebenschance hat. Zwar sei er für die Schausteller noch tragbar, wenn es jedoch weiterhin so einen Rückgang geben würde wie in den letzten Jahren, würde er tatsächlich sterben. Soweit sei es jedoch noch nicht, denn man könne etwas für ihn tun. Die Stadt habe wirklich nicht alles getan, vielmehr sei sie weit darunter geblieben. Gemäß Mitteilung der Kommunalaufsicht sei es jedoch die Pflicht der Stadt, alles Mögliche zum Erhalt des Kramermarktes zu unternehmen. Die vom Bürgermeister erwähnte Beteiligung der Schützenvereine sei das Einzige, was die Stadt vorweisen könne. Das nächste sei die Abgabe der Verantwortung an die Schausteller vor drei Jahren gewesen. Das sei beileibe nicht das, was von der Stadt verlangt werde, nämlich alles für den Erhalt dieses 61 Jahre alten Traditions- und Volksfestes zu veranlassen. Alles zu unternehmen erfordere zunächst die Erstellung eines Konzeptes. Für ihn stellt sich die Frage, warum das Stadtmarketing nicht speziell für die Erstellung eines Konzeptes eingesetzt wurde, welches schon im Jahr 2005 verlangt worden sei. RM Just betont, dass die „Begleitmusik“ aus der City kommen müsste. Dieses könne jedoch nicht durch die Schausteller geleistet werden.

Der Nachweis, alles Mögliche zum Erhalt des Kramermarktes unternommen zu haben, könne also bei weitem nicht erbracht werden. Insofern dürfe man den Kramermarkt auch nicht einstellen. Insbesondere sei man es den Menschen schuldig, die mit ca. 4200 Unterschriften den Bestand des Marktes fordern. Er stellt heraus, dass sich auch diese eine Verbesserung wünschen. In diesem Zusammenhang verweist er auf verschiedene Ideen aus der Bevölkerung wie z. B. die Verlängerung des Kramermarktes in die City hinein, Durchführung eines Festes Ende Juni in der City unter dem Motto „Mittsommernachtsfest“ sowie die Durchführung eines Luftballonwettbewerbs und eines Deckenflohmarktes im kleinen Park, die die Stadt habe fallen lassen. Den Kramermarkt in die City zu verlängern würde auch die Aufstellung von Ständen und kleinen, historisch angepassten Karussells beinhalten. Er bestätigt, dass der Kramermarkt teurer geworden ist. Jedoch könne man mit den Schaustellern darüber verhandeln, nicht nur an einem, sondern an jedem Tag Vergünstigungen anzubieten. Als Stadt könne man die Schausteller durchaus in die Pflicht nehmen und auf die zu erwartende Steigerung der Besucherzahl durch einen verkaufsoffenen Sonntag hinweisen und diesen als Veranstalter auch durchführen.

Bisher habe sich die Stadt bei der Suche nach Möglichkeiten vollkommen unter- und die Schauseller überfordert. Auf diesem Wege dürfe man sich nicht vom Kramermarkt verabschieden, das seien Rat und Verwaltung den Menschen schuldig.

**RM von Heynitz** führt aus, dass die Gruppe „Bündnis 90/Die Grünen – Anne Krüger – Anja Kindo“ die Ausführungen der Ratsmitglieder Ottens und Just unterstützen. Ihm persönlich und der Gruppe missfalle die Art und Weise des Vorgehens in dieser Angelegenheit, nämlich ohne Vorabinformation der Öffentlichkeit etwas zu beschließen, dann einen Pressebericht über die Abschaffung des Kramermarktes abzugeben und erst danach über Alternativvorschläge nachzudenken. So dürfe man nicht mit Bürgerinnen und Bürgern der Stadt umgehen. Vielmehr müsse zunächst eine öffentliche Debatte über die Überlegungen zum Verkauf der Kramermarktwiese erfolgen. Er bestätigt, dass in der Vergangenheit Konzepte für eine Bebauung der Kramermarktwiese – auch unter Beteiligung der Grünen – erstellt wurden. Die Gruppe möchte für 2014 die Bestandsgarantie erreichen und sich Zeit für eine gemeinsame Beratung nehmen.

Sicherlich werde man eine Alternative finden, vielleicht auf der Wiese, vielleicht nicht auf der Wiese. Wichtig sei dabei jedoch, das Ergebnis offen zu halten. Die Wiese könne sicherlich auch unterjährig für andere Dinge genutzt werden. In diesem Zusammenhang weist er auf zahlreiche in das Internet eingestellte Ideen der Initiative „Pro Kramermarkt“ hin.

**RM Just** bittet um Beantwortung seiner zuvor eingereichten Anfragen durch den Bürgermeister.

**BM Böhling** regt an, die einzelnen Fragen direkt zu beantworten, damit die Antworten nachvollziehbar sind.

**RM Just** verweist einleitend auf ein Schreiben der Kommunalaufsicht vom 10.10.2013; die festgestellt hat, dass die abschließende Beschlussfassung über eine Einstellung des Kramermarktes oder Verlegung des Festortes dem Rat obliegt. Bisher habe der Rat weder einen Beschluss zur Einstellung noch zur Verlegung des Festortes gefasst. Anschließend stellt er seine Fragen die vom Bürgermeister beantwortet werden.

**Frage 1:**

Auf welcher rechtlichen Grundlage haben Sie, Herr Böhling, den Schaustellern gegenüber den Kramermarkt auf der Festwiese für 2014 abgesagt?

**Antwort BM Böhling:**

Wie ich Ihnen bereits mit Schreiben vom 28.10.2013 mitgeteilt habe, war Gegenstand des Gesprächs mit dem Schaustellerverband die Beschlusslage des Verwaltungsausschusses vom 20.08.2013. Das heißt, ich habe mitgeteilt, dass es keine Veranstaltungen auf der Festwiese mehr geben und die Verwaltung eine Ersatzveranstaltung vorbereiten soll.

### **Frage 2:**

Warum haben Sie nach Eingang des Schreibens von der Kommunalaufsicht die beiden Beschlüsse des Verwaltungsausschusses, „eine Ersatzveranstaltung für den Kramermarkt ist vorzubereiten“ und, „die Festwiese steht für Veranstaltungen nicht mehr zur Verfügung“, nicht beanstandet?

Es handelte sich ja nicht um Empfehlungen für den Rat, sondern um offenbar unbefugte "Letztentscheidungen" des Verwaltungsausschusses, wenigstens in der Absicht.

### **Antwort BM Böhling:**

Der Bürgermeister kann Beschlüsse des Verwaltungsausschusses nicht beanstanden. Dies steht ausschließlich der Kommunalaufsicht zu. Der Bürgermeister kann lediglich Einspruch gegen nach seiner Auffassung rechtswidrige Beschlüsse erheben oder aber die Angelegenheit der Kommunalaufsicht zur Stellungnahme vorlegen.

Und in der Sache selber. Wie sowohl ich als auch die Kommunalaufsicht Ihnen, Herr Just, bereits mitgeteilt hat, handelt es sich nicht – wie von Ihnen fälschlicherweise dargestellt – um eine Letztentscheidung des Verwaltungsausschusses, sondern um einen „Arbeitsauftrag“ an die beiden Fachausschüsse. Deswegen war ein Handeln meinerseits wie zuvor dargestellt auch nicht angezeigt.

### **Frage 3:**

**RM Just** teilt mit, dass die Kommunalaufsicht schreibt, dass bei einer Entscheidung über die Abschaffung des Kramermarktes die in einem Bundesverwaltungsgerichtsurteil festgelegte Pflicht einer Kommune, Volksfeste verantwortlich durchzuführen, „angesprochenen Aspekte Tradition und sozialer Treffpunkt“ mit abgewogen werden müssen. Bisher sind diese Aspekte weder in den Beschlussvorlagen der Verwaltung noch in den Ausschusssitzungen überhaupt zur Sprache gekommen, geschweige denn angemessen berücksichtigt worden.

Wann und wie soll die erforderliche Abwägung mit den Aspekten „Tradition und sozialer Treffpunkt“ in den Ratsgremien nachgeholt werden?

### **Antwort BM Böhling:**

Wie eben schon angesprochen, war oder sind ja auch die Fachausschüsse beauftragt, entsprechend tätig zu werden. Deswegen sollte in den folgenden Sitzungen der Fachausschüsse, das sind der Ausschuss für Sport, Kultur und Tourismus und der Planungsausschuss, die entsprechende Abwägung erfolgen.

### **Frage 4:**

Die Kommunalaufsicht schreibt: "Bevor eine völlige Abschaffung dieses Jahrmarktes beschlossen würde, sind alle Alternativen zur Rettung des Volksfestes zu prüfen. Sie selbst, Herr Bürgermeister, haben uns und der Kommunalaufsicht geschrieben, dass die Stadt lediglich „einige (!) Anstrengungen zum Erhalt unternommen hat. Schützenvereine einzubinden und zum 55. Kramermarkt einen Umzug zu veranstalten.

Diese „Anstrengungen“ liegen bereits über 5 Jahre zurück. Das Stadtmarketing hat sich unseres Wissens nie ernsthaft um den Kramermarkt gekümmert, insbesondere nicht um die geforderte „Begleitmusik“. Für die letzten drei Kramermärkte hat die Stadt die Verantwortung ganz abgeschoben in die Hände der Schausteller. Sogar die Aufgabe, „ein Konzept zur Erhaltung (!) und Attraktivitätssteigerung wurde den Schaustellern übertragen.

Antwort BM Böhling:

Wir haben seinerzeit die Vereinbarung zwischen den Schaustellern und der Stadt Schortens sehr intensiv im Verwaltungsausschuss diskutiert. Es liegt also ein Beschluss des Verwaltungsausschusses zugrunde. Die Anregung, dass in Zukunft die Schausteller den Markt selber durchführen, wurde von diesen sehr gerne angenommen und wir haben diese Vereinbarung dann im gegenseitigen Einvernehmen vorbereitet und im Verwaltungsausschuss beschlossen. Insofern erübrigt es sich darüber zu diskutieren, dass die Verantwortung „abgeschoben“ wurde, zumal aus meiner Sicht die Schausteller die Fachleute für die Ausgestaltung einer Kirmesveranstaltung sind und das wird vielerorts auch schon so gehandhabt.

**Frage 5:**

Wie verträgt sich die Pflicht, alle Möglichkeiten zur Rettung des Kramermarktes auszuschöpfen, mit dem Beschluss des Verwaltungsausschusses, dem Kramermarkt vorab den besten Standort, die Kramermarktwiese, zu entziehen?

Antwort BM Böhling:

Ob die Kramermarktwiese der beste Standort für den Kramermarkt ist, unterliegt der subjektiven Einschätzung. Fakt ist, dass nach dem gültigen Flächennutzungsplan diese Fläche als Wohngebietsfläche ausgewiesen wurde. Im Übrigen hängt die Qualität im Wesentlichen von den Inhalten ab und diese hat in den vergangenen Jahren erheblich nachgelassen.

**Frage 6:**

Die Kommunalaufsicht schreibt: "Das Gewerberecht befürwortet .. die Aufhebung ... eines Jahrmarktes oder Volksfestes nur dann, wenn die Durchführung der Veranstaltung dem Veranstalter nicht mehr zugemutet werden kann."

Der Kramermarkt kostet die Stadt jährlich 10.000 €. 10.000 Euro sollte die Alternative Weinfest aber auch schon kosten. Weil die Bauleitplanung 1 bis 2 Jahre dauert und noch gar nicht beauftragt ist, ist zumindest 2014 und wohl auch 2015 weder eine Bebauung noch ein Verkauf von einzelnen Baugrundstücken möglich.

Warum soll es der Stadt wirtschaftlich nicht zumutbar sein, den Kramermarkt 2014 erneut auf der Festwiese zu veranstalten?

Antwort BM Böhling:

Es geht nicht nur um die Frage, ob der Markt wirtschaftlich nicht zugemutet werden kann. Das ist nur ein Teilaspekt. Es geht um die generelle Zumutbarkeit für die Stadt. Dazu gehören auch Fragen der Attraktivität des Marktes, Zahl der attraktiven Fahrgeschäfte und auch der Inanspruchnahme durch die Bevölkerung. Diese Abwägung führt für mich zu dem Ergebnis, dass der Kramermarkt auf der Festwiese keine Zukunft hat.

Nach Beantwortung der Fragen des RM Just folgen weitere Wortmeldungen der Ratsmitglieder.

**RM Kloß** erklärt, dass im Flächennutzungsplan die Kramermarktwiese als Wohnbaufläche ausgewiesen ist. Der Presse sei zu entnehmen gewesen, dass die Aufgabe des Kramermarktes im Zusammenhang mit einer Bebauung der Fläche steht. Sie stellt ausführlich dar, dass sich die zum Zeitpunkt der Beschlussfassung zum Flächennutzungsplan zugrunde gelegten Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung bereits heute sehr viel negativer entwickelt haben und sich diese Entwicklung laut aktueller Prognosen fortsetzen wird. Im Jahre 2025 bestehe demnach eine Differenz von über 3.500 Einwohnern. Es sei also nicht notwendig, so viele Wohnbaugebiete auszuweisen. Darin sieht sie einen weiteren Grund, die Veranstaltung 2014 weiterhin auf der Wiese durchzuführen und sich nochmals in aller Ruhe über die Planzahl „Bevölkerungswachstum“ und damit einer Ausweisung von Wohnbaugebieten zu verständigen.

**Frau Schüder**, ehemaliges Mitglied des Stadtrates für die Grünen, teilt mit, dass die Grünen und die Linken dem Flächennutzungsplan seinerzeit nicht zugestimmt haben mit der Begründung, keine ausufernde Bebauung an den Rändern zu wollen. Die Grünen hätten damals Stadt- und Landschaftsplaner beauftragt, für die Kramermarktwiese und umliegende Flächen einen Plan zu erstellen, der dem Rat auch vorgestellt wurde. Dieser Plan beinhalte sehr große Parkflächen und große Flächen für Jugend und Sport. Da sich lediglich die Festwiese im Eigentum der Stadt befindet bittet sie zu bedenken, dass ein „Stückwerk“ verhindert werden sollte.

**BM Böhling** führt aus, dass die Verwaltung den Auftrag erhalten hat, die im Flächennutzungsplan als Wohnbauflächen ausgewiesenen Flächen planungsrechtlich zu überarbeiten. Damit sei jedoch nicht ein Verkauf der Fläche festgelegt worden. Möglicherweise erfolge eine Entwicklung durch die Stadt selbst. Auch wenn dies nicht der Fall sein sollte, würde der Rat möglichen Investoren entsprechende städtebauliche Vorgaben geben.

**RM Freygang** verweist auf den Redebeitrag des RM Kloß zur negativen Entwicklung der Einwohnerzahl und betont, dass die Politik verantwortlich dafür sei, in die Zukunft zu schauen und entsprechend gegenzusteuern, um die Infrastruktur – Schulen, Kindergärten, Sporthallen und dergleichen - entsprechend zu erhalten. Diese Vorausschau habe man in der Vergangenheit bereits durch die Ausweisung von Wohn- und Gewerbegebieten gezeigt.

Bezug nehmend auf den Redebeitrag des Bürgermeisters weist **RM Ottens** darauf hin, dass der Kramermarkt ein Fest für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt ist. Hier gehe es nicht um größere Volksfeste, Ferienparks oder Ähnliches, vielmehr gehe es um die Durchführung einer Identität stiftenden Veranstaltung in Schortens. Daher sei es vollkommen ausreichend, wenn lediglich die Bürgerinnen und Bürger aus Schortens die Veranstaltung besuchen.

Er gibt zu bedenken, dass Familien, die den Kramermarkt besuchen, nicht unbedingt in der Lage sind, weit entfernte Volksfeste zu besuchen.

**RM Homfeldt** weist darauf hin, dass die Ratsmitglieder gewählt wurden, um im Auftrag der Bürger/-innen Verantwortung für diese Stadt wahrzunehmen. Ein wichtiges Thema sei der zuvor vom RM Kloß erwähnte „Demografische Wandel“. Der dargestellte Rückgang der Einwohnerzahl würde Konsequenzen für die Infrastruktur in der Stadt haben, da man sich bestimmte Dinge dann nicht mehr leisten könne. Die Ratsmitglieder seien daher in der Pflicht zu überlegen, wie man dem entgegenwirken kann. Er persönlich möchte auch zukünftig in einer Stadt mit Kultur, Natur und einem Nebeneinander von jungen und alten Menschen leben.

Bezug nehmend auf das Thema „Wohnraumnachfrage“ weist er darauf hin, dass bereits viele Menschen aufgrund der geforderten Flexibilität im Arbeitsmarkt das Bedürfnis haben, eine schöne Wohnung mit Balkon zu beziehen und abends aus der Wohnung zu treten, um u. a. in einen Biergarten zu gehen. Für diese Menschen habe Schortens jedoch keinerlei Angebot. Er fände es sehr schade, wenn Menschen, die zurzeit im Außenbereich der Stadt Schortens wohnen und sich dazu entscheiden, eine Wohnung in der Stadt zu mieten, kein Angebot vorfinden und in umliegende Städte umziehen würden. Auch sei zu erwarten, dass durch die geplante Ansiedlung von Unternehmen im JadeWeserPark und durch die Entwicklung des JadeWeserPorts in den nächsten Jahren Menschen in unsere Region kommen. Es wäre fatal, wenn die Schortenser Politik dieses Thema völlig ignorieren würde.

Er stellt heraus, dass kein Verkaufsbeschluss für die Kramermarktwiese gefasst wurde. Diese Fläche sei relevant, weil sie die einzige Fläche im innenstadtnahen Bereich ist, die sich im Eigentum der Stadt befindet. Was bedeutet, dass ein Einstieg in die Planung ohne langwierige Verhandlungen mit Investoren oder privaten Grundstücksbesitzern erfolgen kann.

Er betont die Wichtigkeit von Volksfesten und weist darauf hin, dass die Politik der Verwaltung signalisiert habe, dass es weiterhin ein Volksfest geben soll.

**RM von Heynitz** hält es auch für wichtig Sorge dafür zu tragen, dass der demografische Wandel die Stadt nicht ganz so schnell und hart trifft. Jedoch schlage man aus seiner Sicht gerade den falschen Weg ein und Schortens werde immer unattraktiver. Es würden Flächen vermarktet, die für eine Attraktivitätssteigerung in Schortens durchaus auch

anderweitig genutzt werden könnten, dazu zähle er auch die Kramermarktswiese sowie die Sportplätze und das Aqua-Toll.

**Herr Jan-Renke Dirks**, Mitglied der Initiative „Pro Kramermarkt“, teilt mit, dass weit über 4.000 Unterschriften für den Erhalt des Kramermarktes auf der Festwiese gesammelt wurden. In vielen Teilen der Bevölkerung bestehe der Wunsch auf Durchführung einer öffentlichen Diskussion zu diesem Thema.

Er kritisiert, dass die Festwiese ohne Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bzw. der Initiative als Veranstaltungsort ausgeklammert wird. Es sei klar, dass Veränderungen dazu gehören. Jedoch müsse bitte die Möglichkeit bestehen, offen darüber zu diskutieren. Er erkundigt sich, ob die Bürger noch mit einer öffentlichen Diskussion hierzu rechnen können oder diese Entscheidung einfach vorgelegt wird.

Aufgrund der heutigen Diskussion und mit Blick auf den demografischen Wandel regt **RM Kioß** an, einen Arbeitskreis zu initiieren, der sich dieser Punkte anhand von verlässlichen Zahlen annimmt.

**RM Borkenstein** teilt Bezug nehmend auf die Ausführungen des RM Just mit, dass der Flohmarkt in dem kleinen Wäldchen am Brauerweg aufgrund der Brut- und Setzzeit Ende Juni abgeschafft wurde. Der Luftballonwettbewerb sei gestoppt worden, da sich jährlich viele Seevögel aufgrund der Überreste drangsalieren und viele Fische und Meeressäuger durch das Verschlucken von Luftballons sterben.

Weiter führt er aus, dass es für die SPD-FDP-Gruppe auch im nächsten Jahr einen Kramermarkt oder eine kramermarktsähnliche Veranstaltung in Schortens geben wird, allerdings an andere Stelle als bisher. Die Gruppe werde sich an der Entwicklung eines zukunftstauglichen Konzeptes beteiligen.

Er gibt zu bedenken, dass immer mehr Feste in der Umgebung stattfinden und das Geld nur einmal ausgegeben werden kann. Daher sei es wichtig, gemeinsam unter Einbeziehung des TGM, der Schausteller und der Ideen der Bürgerinnen und Bürger ein zukunftsorientiertes Konzept zu entwickeln.

**RM Ostendorf** äußert sich zu diversen vorangegangenen Redebeiträgen. Er sieht keine Veranlassung, weitere Neubaugebiete auszuweisen, da in den nächsten fünf bis zehn Jahren Hunderte, wenn nicht Tausende Einfamilienhäuser, die älter als 20, 30 Jahre sind, leer stehen werden. Dies passe nicht zusammen

Es folgen Redebeiträge des **RM Thiesing** und des **RV Fischer**.

**RM Just** geht näher auf diverse vorangegangene Redebeiträge ein. Er stellt heraus, dass die Bürgerinnen und Bürger nach Bekanntmachung mit Entsetzen auf die Abschaffung des Kramermarktes reagiert haben, zumal bereits das Osterfeuer abgeschafft wurde und es auf dem Oktoberfest schon lange keine Fahrgeschäfte mehr gibt.

In diesem Zusammenhang führt er weiter aus, dass über einen Abriss des Erlebnisteils des Freizeitbades „Aqua-Toll“ nachgedacht wird und die Kindertagesstättegebühren um 30 % erhöht wurden. Für ihn stellt sich die Frage, wie sich eine Stadt nach Abschaffung all dieser Dinge noch als kinder- und familienfreundlich bezeichnen kann.

Bezug nehmend auf die Wohnbebauung weist er darauf hin, dass auf drei Grundstücken im Bereich des Stadtkerns, auf denen bisher Einfamilienhäuser standen, insgesamt 36 zentrumsnahe neue Wohneinheiten geschaffen werden.

Im Bereich des Zentrums gebe es eine Fülle von Einfamilienhäusern, deren Sanierung wahrscheinlich unwirtschaftlich sei. Vielmehr sei es wirtschaftlicher, dort größere Einheiten zu errichten. Platz für zentrumsnahen Wohnraum sei daher ausreichend vorhanden. Da für diesen Bereich bereits Bebauungspläne bestehen, sei die Bebauung zudem schnell realisierbar, während für den Bereich Kramermarktwiese die Durchführung eines Bauleitplanverfahrens erforderlich wäre. Daher sei die Kramermarktwiese für die Errichtung von zentrumsnahen Wohnungen entbehrlich.

**Herr Jan-Renke Dirks** unterstreicht, dass sich Teile der Bevölkerung in dieser Angelegenheit übergangen fühlen. Es werde von vornherein ein Fakt geschaffen und erst anschließend angeboten, darüber öffentlich zu diskutieren. In den in nur knapp fünf Wochen gesammelten 4000 gesammelten Unterschriften sei der Wille vieler Teile der Bevölkerung zu erkennen. Daher bittet er darum, über das Thema Kramermarktwiese noch einmal offen und ernsthaft unter Einbeziehung aller Beteiligten zu diskutieren.

**BM Böhling** weist darauf hin, dass sich auch ein großer Teil der Bürgerinnen und Bürger gegen den Kramermarkt ausspricht.

**RV Fischer** weist die Vertreter der Initiative „Pro Kramermarkt“ darauf hin, dass eine Beratung über die Unterschriftenliste nach Einreichung bei der Verwaltung in den Gremien erfolgen kann.

**RM Homfeldt** bestätigt, dass 4.000 Unterschriften beeindruckend sind. Das Engagement der Initiative bewertet er positiv. Er bittet jedoch zu berücksichtigen, dass es sich lediglich um 25 % der Bevölkerung handelt und äußert den Wunsch, über die Angelegenheit mit dem angemessenen Respekt weiter zu beraten. Abschließend teilt er mit, dass die CDU-Fraktion den Vorschlag des Bürgermeisters unterstützt.

**RM Ostendorf** nimmt Stellung zu diversen vorangegangenen Redebeiträgen und beantragt eine geheime Abstimmung.

**RM Borkenstein** geht näher auf den Redebeitrag des RM Ostendorf ein, in dem er auf Tausende leer stehende Einfamilienhäuser hingewiesen hat.

**RM Ostendorf** erwidert, dass er über „Hunderte“ leer stehende Einfamilienhäuser gesprochen hat.

**BM Borkenstein** bittet darum, den vorgenannten Redebeitrag des RM Ostendorf exakt ins Protokoll aufzunehmen.

*Hinweis: Der Redebeitrag des RM Ostendorf ist auf der Seite 12 der Niederschrift nachzulesen.*

Weiter führt er aus, dass von RM Ostendorf fälschlicherweise in den Raum gestellt wurde, dass die Kindertagesstättengebühren grundsätzlich um 30 % gestiegen sind.

**RM Just** erwidert, dass diese Aussage von ihm getroffen wurde.

**RM Borkenstein** entschuldigt sich und korrigiert seine Aussage dahingehend, dass es sich hierbei um eine Äußerung der BfB-Fraktion gehandelt hat.

Auch die Aussage, der Spaßbadteil des Freizeitbades Aqua-Toll solle abgerissen werden, sei nicht richtig, da derzeit noch eine Untersuchung der Alternativen durchgeführt und erst anschließend eine Beratung und Beschlussfassung über die Zukunft des Freizeitbades erfolgen wird.

**RM Just** möchte in der Niederschrift festgehalten haben, dass er gesagt hat, dass die Kindertagesstättengebühren um 30 % erhöht worden sind, dass er aber nicht gesagt hat, dass sie pauschal um 30 % erhöht worden sind.

Es folgt ein weiterer Redebeitrag des **RM von Heynitz**.

**RM Ostendorf** zieht seinen Antrag auf geheime Abstimmung zurück.

Anschließend lässt **RV Fischer** über den Antrag des Ratsmitgliedes Wolfgang Ottens, der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen-Anne Krüger-Anja Kindo und der Gruppe BfB/UWG auf Bestandsgarantie für den Kramermarkt für das Jahr 2014 abstimmen.

**Der Antrag wird bei 10 Ja-Stimmen und 23 Nein-Stimmen abgelehnt.**

## 8. Vorlage des Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 04.09.2013

### 8.1. Haushalt 2013 - 2. Nachtrag **SV-Nr. 11//0806**

**StOAR Idel** trägt den Beschluss des Verwaltungsausschusses nach Vorberatung im Finanz- und Wirtschaftsausschusses vor.

**RM Eggerichs** teilt mit, dass sich das Ergebnis des Haushaltes um etwa 1,2 Mio. Euro verbessert hat, so dass im Ergebnishaushalt noch ein Minus von ca. 300.000 Euro besteht. Er erläutert woraus sich diese Verbesserung zusammensetzt. Die Summe der ordentlichen Erträge (Einnahmen) steige um etwa 766.000 Euro, was hauptsächlich dem

Ansteigen der Gewerbesteuer geschuldet sei. Die Aufwendungen (Ausgaben) sinken um ca. 445.000 Euro. Bei den Aufwendungen seien zwei Positionen herausragend, und zwar die Verringerung der Personalkosten um ca. 300.000 Euro und die Verringerung der Aufwendungen für Dienst- und Sachleistungen um ungefähr 230.000 Euro. Um zu diesem Ergebnis zu gelangen seien aber auch sehr viele kleinere Einsparungen bei anderen Positionen erfolgt. Die Verwaltung habe sich bemüht, vorsichtig mit dem vorhandenen bzw. leider auch mit dem nicht vorhandenen Geld umzugehen. Dafür spricht er den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seinen Dank aus. Weiter führt er aus, dass es bei der Maximalforderung von 6 Mio. Euro beim Aqua-Toll verbleibt. Dies sei die Obergrenze.

Die Haushaltslage habe sich entspannt und die Stadt Schortens befinde sich haushaltswirtschaftlich gesehen auf dem richtigen Weg. Am Ende des unbequemen Weges sollten aber keine neuen renditefreien Begehrlichkeiten entstehen. Sofern die wirtschaftliche Entwicklung es zulasse, sollte ein azyklisches Verhalten an den Tag gelegt werden. Ein Ziel sollte der Schuldenabbau sein.

**RM Freygang** teilt mit, dass der Fehlbetrag bei 295.000 Euro liegt. Die Verwaltung und die Ausschüsse hätten gute Arbeit geleistet. Hierfür spricht er im Namen der CDU seinen Dank aus. Jedoch müsse sowohl dieser als auch zukünftige Haushalte weiterhin konsolidiert werden. Man sei auf dem richtigen, aber auch auf einem schwierigen Weg. Begehrlichkeiten dürfen nicht geweckt werden. Er erinnert daran, dass die Stadt in den nächsten Jahren einen Schuldenstand von 12 Mio. Euro mit steigender Tendenz haben wird.

**RM Just** erklärt, dass die BfB/UWG-Gruppe den Nachtragshaushalt genauso ablehnen wird wie seinerzeit den Haushalt. Nach Auffassung der Gruppe befinde sich die Stadt nicht auf einem guten Weg. Sie habe Glück gehabt, aber wenig dazu beigetragen. 800.000 Euro der Haushaltsverbesserung von 1,2 Mio. Euro seien auf höhere Einnahmen zurückzuführen, die wiederum in erster Linie auf höhere Zuweisungen von Land und Bund zurückzuführen und damit im Wesentlichen der guten Konjunktur geschuldet sind. Ferner sei die Verbesserung aufgrund von höheren Gewerbesteuern entstanden, was ebenfalls der guten Konjunktur geschuldet sei. Die Steuereinnahmen hätten sich auch aufgrund der von der Ratsmehrheit für dieses Jahr beschlossenen Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuern erhöht. 2/3 der Haushaltsverbesserung sei auf die gute Konjunktur und die Steuererhöhung zurückzuführen. Das letzte Drittel der Haushaltsverbesserung in Höhe von 400.000 Euro sei aufgrund von Minderausgaben entstanden. Davon seien 100.000 Euro auf Pech zurückzuführen, und zwar auf die erforderliche Schließung des Erlebnisteiles des Freizeitbades Aqua-Toll. Die deutlich verringerte Wasserfläche habe zu verringerten Ausgaben in Höhe von 100.000 Euro geführt.

Weiter führt er aus, dass Einsparungen in Höhe von 300.000 Euro auf zurzeit unbesetzte Stellen zurückzuführen sind, die jedoch wieder besetzt werden sollen. Im dem Fall würde nichts von der Sparpolitik dieses Rates übrig bleiben.

Die Stadt habe Glück und Pech, unternehme selber aber nichts dafür, zumal man mit der Erfüllung der Hauptaufgabe „Senkung der Personalkostenquote von 32 % auf 25 %“ keinen Schritt vorangekommen sei. Vielmehr habe man weiter aufgerüstet. In diesem Zusammenhang geht er u. a. näher auf geplante Einstellung eines Klimaschutzbeauftragten und die Wiederbesetzung der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten ein.

Es folgt ein Redebeitrag des **RM Prof. Dr. Appel**, in dem er näher auf die erforderliche Senkung der Personalkostenquote und erforderliche Einsparungen - auch aufgrund des demografischen Wandels - eingeht.

Bezug nehmend auf die Ausführungen des RM Just bestätigt **RM Eggerichs**, dass die Erhöhung der Grundsteuer schnell wirkt. Das gelte aber nicht für die Gewerbesteuer. Die Gewerbesteuereinnahmen sind auf Nachzahlungen für die Jahre 2010 bis 2012 zurückzuführen, die noch nach dem alten Steuersatz berechnet wurden.

**RM von Heynitz** teilt mit, dass die Gruppe „Bündnis 90/Die Grünen – Anne Krüger – Anja Kindo“ dem Nachtragshaushalt 2013 nicht zustimmen kann, da dieser nach wie vor eine Summe von 6 Mio. Euro für das Freizeitbad Aqua-Toll beinhaltet.

Zur positiven Entwicklung der Gewerbesteuer führt **BM Böhling** aus, dass diese zum einen der guten Konjunktur geschuldet ist, aber auch ganz wesentlich der Ansiedlung von neuen Betrieben in den letzten Jahren. Die Erhöhung der Gewerbesteuer werde sich erst in den kommenden Jahren bemerkbar machen.

Zu den Ausführungen des RM Just zur Personalkostenquote weist er darauf hin, dass der Personalkostenschlüssel im Rathaus dem von vergleichbaren Städten entspricht und viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Limit arbeiten. Viele der Mitarbeiter/-innen hätten teilweise über mehrere Monate aufgrund nicht besetzter Stellen doppelte Arbeit geleistet. Dies könne man den Mitarbeiter/-innen jedoch nicht auf Dauer zumuten.

Anschließend lässt **RV Fischer** über den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag abstimmen:

**Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte 2. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Schortens sowie der Nachtragshaushaltsplan 2013 und Änderung des Investitionsprogramms 2013 wird beschlossen.**

Der Beschlussvorschlag wird mit 23 Ja- und 9 Nein-Stimmen beschlossen.

RM Ottens hat den Sitzungsraum während der Beschlussfassung verlassen.

9. Vorlage des Verwaltungsausschusses vom 15.10.2013

9.1. Benennung hinzugewählter Mitglieder für den Schul-, Jugend- und Sozialausschuss **SV-Nr. 11//0858**

**StD Müller** trägt die nachfolgende Beschlussempfehlung vor.

**Für den Schul-, Jugend- und Sozialausschuss werden gemäß § 71 Abs. 7 NKomVG folgende hinzugewählte Mitglieder als Personalvertretung der Lehrerschaft benannt:**

- **Frau Imke Gerdes als ständiges Mitglied**
- **Herr Daniel Scheuffgen als Stellvertretung**

**Die Änderungen werden so festgestellt.**

Diese Beschlussempfehlung wird einstimmig beschlossen.

10. Vorlage des Schul-, Jugend- und Sozialausschusses vom 24.10.2013

10.1. Änderung der Kindertagesstättenentgeltordnung **SV-Nr. 11//0864**

**StD Müller** trägt den Beschlussvorschlag vor.

**RM Kujath**, stellvertretende Vorsitzende des Schul-, Jugend- und Sozialausschusses, teilt mit, dass aufgrund eines aktuell vorliegenden Falls einer langfristigen krankheitsbedingten Abwesenheit eines Kindes sich die Frage der Entgelpflicht für diese Zeit stellte. Da ein Rechtsanspruch bei Wiederanmeldung grundsätzlich allerdings nicht in einer bestimmten Einrichtung besteht und ein Kind bereits durch eine längere Unterbrechungszeit sozial benachteiligt wird, werde vorgeschlagen, seitens der Stadt zumindest finanziell unterstützend tätig zu werden. Dies könne jedoch nur in Ausnahmefällen möglich sein. Der Ausschuss sei dem Beschlussvorschlag der Verwaltung mehrheitlich mit drei Gegenstimmen gefolgt. Sie bittet um Zustimmung.

**RM Bastrop** erklärt, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag nicht folgen wird. Da eine Erkrankung mit einer Dauer von über drei Monaten grundsätzlich selten vorkommt, sieht die CDU-Fraktion die Änderung der Gebührenordnung als überzogen an. Die Fraktion spricht sich dafür aus, in solchen Fällen Einzelentscheidungen - unter Berücksichtigung der Unterbringung von Zweit- und Drittkindern in der Einrichtung – zu treffen.

**BM Böhling** ist es wichtig, dass in solch einem Fall eine Entscheidung im Sinne des Kindes und der Eltern getroffen wird. Auf welcher Grundlage dieses geschieht, sei zweitrangig. Er unterstützt den Beschlussvorschlag.

**RV Fischer** lässt anschließend über den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag abstimmen:

**Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte Änderung der Kindertagesstättenentgeltordnung wird beschlossen.**

Der Beschlussvorschlag wird mehrheitlich beschlossen.

11. Vorlage des Verwaltungsausschusses vom 29.10.2013

11.1. Neubesetzung des Ausschusses für Sport, Kultur und Tourismus  
**SV-Nr. 11//0882**

**RV Fischer** trägt die nachfolgende Beschlussempfehlung vor.

**Aufgrund des Antrages der BfB/UWG-Gruppe vom 10.10.2013 wird der Ausschuss für Sport, Kultur und Tourismus mit folgender Änderung neu besetzt und vom Rat entsprechend festgestellt:**

- **Mitglied:** Horst Herckelrath
- **bisheriges stv. Mitglied:** Heinrich Ostendorf
- **künftiges stv. Mitglied:** Janto Just

Die Beschlussempfehlung wird einstimmig beschlossen.

12. Anfragen und Anregungen:

12.1. Es besteht Einvernehmen, der als Gast anwesenden Bürgerin, Frau Gisela Janssen, ein Anfragerecht zu erteilen.

**Frau Janssen** erkundigt sich nach der Möglichkeit, zukünftig ein Kinoprogramm für Kinder, Jugendliche und Erwachsene im Bürgerhaus anzubieten.

**BM Böhling** sagt eine Prüfung durch die Verwaltung und eine Beratung im zuständigen Fachausschuss (Ausschuss für Sport, Kultur und Tourismus) zu.

**Nichtöffentliche Sitzung:**